


© Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

Weniger Flüge wegen Schwarz-Gelb

Luftverkehrsabgabe hat Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz / Hahn und Zweibrücken betroffen

Die von Union und FDP im Bundestag beschlossene Luftverkehrsabgabe kommt die rheinland-pfälzischen Regionalflughäfen sowie die Passagiere teuer zu stehen. Ryanair und Germanwings streichen Flugverbindungen und dünnen ihr Streckennetz massiv aus. Über 1.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Die sogenannte Luftverkehrsabgabe ist Teil des von Union und FDP beschlossenen Sparpakets. Ab 1. Januar 2011 sollen je nach Entfernung bei Passagierflügen in drei Stufen bis zu 45 Euro pro Ticket zusätzlich zum Flugpreis fällig werden. Für Inlands- und Kurzstreckenflüge werden acht Euro pro Strecke berechnet. CDU/CSU und FDP versprechen sich davon Einnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro, die zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden sollen.

Etliche Warnungen der Wirtschaft, der Opposition und der Länder wurden scheinbar unbeachtet vom Tisch gewischt, die Abgabe im schwarz-gelben Alleingang durch den Bundestag gepeitscht. Jetzt zeigt sich, mit welchen Folgen vor allem die Länder, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Passagiere leben müssen.

An einem der wichtigsten Regionalflughäfen Deutschlands, dem

Airport Frankfurt-Hahn, streicht der irische Billigflieger Ryanair neun Strecken. Bereits ab Januar wird Berlin vom Hahn aus nicht mehr zu erreichen sein. Verbindungen nach Agadir, Breslau, Danzig, Göteborg, Klagenfurt, Santiago de Compostela, Sevilla und Prag sollen im Frühjahr 2011 ersatzlos gestrichen werden. Ryanair zufolge bedeute dies einen Verlust von einer Million Passagieren am Hahn.

Flieger mehr nach bzw. von Berlin starten oder landen.

Beide Unternehmen begründen ihre Entscheidungen zur Ausdünnung des Streckennetzes mit der neuen Luftverkehrsabgabe. Ryanair appelliert an die Bundesregierung, die Luftverkehrsabgabe abzuschaffen „und vor allem die negativen Auswirkungen auf den Tourismus und den Arbeitsmarkt in Deutschland zu berücksichtigen.“



Ebenso wie Ryanair zwischen Berlin und Frankfurt-Hahn bietet ab Januar die Lufthansa-Tochter Germanwings keine Flüge mehr zwischen Berlin und Zweibrücken an.

Foto: Germanwings

Germanwings kündigte für den Flugbetrieb am Flughafen Zweibrücken Streichungen an. Ab dem 10. Januar 2011 wird auch dort kein

Der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister, Hendrik Hering (SPD), sieht bis zu 15.000 Arbeitsplätze deutschlandweit bedroht.

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1: Weniger Flüge wegen Schwarz-Gelb

Die konkreten Auswirkungen für Rheinland-Pfalz lassen sich am Beispiel Ryanair verdeutlichen. Durch die Kürzungen am Hahn sieht Ryanair 150 Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen und 1.000 weitere bei anderen Firmen bedroht. Der Airport Hahn als Arbeitgeber will keine Mitarbeiter entlassen. In einem Gespräch mit dem Südwestdeutschen Rundfunk sagte Minister Hering, die rheinland-pfälzischen Flughäfen seien besonders betroffen, weil sie in Grenznähe zu anderen Staaten liegen, die keine Luftverkehrsabgabe erheben.

So hat Germanwings Medienbe-

richten zufolge kritisiert, dass die Luftverkehrsabgabe ein Beschäftigungsprogramm für ausländische Flughäfen sei. Das Unternehmen werde sich grenznahe Flughäfen ansehen und überlegen, ob von dort aus gestartet werden könnte.

Die SPD kritisiert, dass die Bundesregierung eben genau diese Entwicklung hätte absehen können, wenn nicht gar müssen. Ein Blick in die europäische Nachbarschaft hätte genügt. Nach fast genau einem Jahr haben die Niederlande den Versuch einer singulären Luftverkehrsabgabe abgebrochen. Die Bundesregierung interessiert das nicht. Der Bundes-

finanzminister braucht Zahlen für sein Sparpaket.

Dass auch diese Maßnahme aber schließlich zu Lasten vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie letztendlich auch auf dem Rücken der Bundesländer eingeführt wird, passt in das Bild, das die Bundesregierung im ersten Jahr ihrer Amtszeit abgeliefert hat. Steuerpolitisch, wirtschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch ist keine nachhaltige Strategie zum Wohle der Menschen in diesem Land zu erkennen.

Manfred Nink MdB

Finanzkrise - Basel III - Kreditklemme

Trierer Wirtschaftsgespräch der FES zu Basel III und den Folgen für den Mittelstand

Der Mittelstand ist nicht nur das Rückgrat der deutschen, sondern vor allem auch der Trierer Wirtschaft. Im Zuge der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise geht nun die Sorge vor einer Kreditklemme um. Verbunden wird diese Sorge mit dem Begriff Basel III, doch was steckt eigentlich dahinter?

Eine frühe Erkenntnis aus der Finanzkrise war, dass die Eigenkapitalreserven der Banken nicht ausgereicht haben. Diesen Missstand sollen die sogenannten Basel-III-Regeln beheben.

Höhere Mindestkapitalquoten und besondere Kapitalanforderungen für „systemrelevante“ Banken sollen für Stabilität des Banken- und Finanzsystems sorgen und helfen, neue Krisen zu vermeiden. Aber: Welche Konsequenzen wird

Basel III sowohl für Banken als auch für die mittelständische Wirtschaft haben?

Der deutsche Mittelstand schlägt Alarm: Seine Kreditversorgung sei gefährdet, da die Banken Gewinne einbehalten müssten, um ihre Kapitalquoten zu erhöhen. Dem deutschen Sparkassen- und Giroverband zufolge könnte sich allein das Kreditangebot der Sparkassen infolge von Basel III um 200 Milliarden Euro verknappen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung konnte für ihr Trierer Wirtschaftsgespräch Herrn Dr. Schackmann-Fallis, Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes zu dieser Thematik als Gesprächspartner gewinnen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren. Die Diskus-

sionsleitung übernimmt der Trierer SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Wirtschaftsausschusses Manfred Nink.

Trierer Wirtschaftsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Mittwoch, 08.12.2010
19 Uhr bis ca. 21 Uhr**

**Sparkasse Trier
Theodor-Heuss-Allee 1
54292 Trier**

Um **Anmeldung bis zum 03.12.2010** wird gebeten.

Per Fax: 06131/9606766
Per E-Mail: Stephanie.Hepper@fes.de
Per Telefon: 06131/960670
Oder im Internet unter:
<http://www.fes.de/mainz/veranstaltungen.php>

Spreerauschen im Rausch der Zeit

Journalist Thorsten Keller über einen Monat hinter Medienkulissen in Berlin



Hauptstadtjournalismus: Je schneller die Information, desto höher wird auch der Druck auf den demokratischen Prozess.

Wie sieht die Zukunft des Journalismus in Web-2.0-Zeiten aus? Was ändert sich für Joachim Poß, wenn er als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender plötzlich Frank Walter Steinmeier vertritt und in die Scheinwerfer der rauen Berliner Medienlandschaft hineintritt? Und was sind eigentlich die Ziele der Pressearbeit, die die rheinland-pfälzische Landesvertretung hier in Berlin vorhält? Die Antworten auf diese und andere Fragen liegen natürlich direkt an der Spree, in „Mitte“, zirkelrund um das Reichstagsgebäude, das in den Medien häufig nur als wuchtiges Gemäuer mit futuristischer Glaskuppel in Erscheinung tritt.

Manfred Ninks Bereitschaft, mir als Hospitant der Journalisten-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung neben einem Ausgangspunkt für meine Streifzüge in die Berliner Medienwelt auch spannende und interessante Einblicke in seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter zu geben, war der Startschuss für einen außergewöhnlichen Berlinmonat. Für einen Monat, in dem zum Beispiel der Besuch der Bundespres-

sekonferenz im Programm stand. Mehrere hundert Journalisten sind Mitglieder in diesem Verein (es ist tatsächlich ein e.V.), zu dessen Zugangsvoraussetzungen ein ständiger Wohnsitz entweder in Berlin oder in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn gehört. Die meisten Kollegen verfolgen die Bundespressekonferenz mittlerweile natürlich nicht mehr vor Ort, sondern via schnellem Internet am Rechner im Büro – was angesichts des Berliner Herbstwetters manchmal die einzige kluge Entscheidung ist.

Auch die nach den kürzlich getroffenen Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung so heiß diskutierten Lobbygruppen sind ein Zahn im Rad der politisch-medialen Bundeshauptstadt. Für Trier und Umgebung haben mittelständische Unternehmen als Arbeitgeber eine besondere Bedeutung, auch sie sind in Verbänden organisiert und mit ihren Interessen genauso hier an der Spree vertreten wie Großkonzerne à la Deutsche Bahn oder Telekom. Die Arbeitsgruppen und Ausschüsse im Bundestag diskutieren, debattieren und entscheiden letztlich

über das „Wohl und Wehe“, das von Berlin aus seinen Weg durch die Republik nimmt. Und ortsansässige Nachrichtenkorrespondenten aus Print, Hörfunk und TV bringen die Berliner Entscheidungen letztendlich an die breite Öffentlichkeit.

Und wie sind nun die positiven oder negativen Ausblicke zum künftigen Zusammenspiel von Politik und Medien? Der SPD-Abgeordnete Lars Klingbeil, der sich als Mitglied in der 34-köpfigen Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zwei Jahre lang mit den Medientrends der Zukunft in der Politik befasst, sieht als Silberstreif am Horizont die künftige digitale Gesellschaft, die politische Prozesse aktiv mitgestaltet. Es bleibt jedoch das Risiko: Je schneller die Information, desto höher wird auch der Druck auf den demokratischen Prozess. Und so mutet als ein Fazit nach vier spannenden Wochen der Wunsch von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, dass nämlich Demokratie auch Zeit zum Garen braucht, im Kosten- und Quotendruck des heutigen Berliner Medienzeitalters eher romantisch an.

4 | Aus Partei und Fraktion

20 Jahre Partnerschaft



Seit 1990 verbindet die Kreise Trier-Saarburg in Rheinland-Pfalz und den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen eine Kreispartnerschaft. Zur Veranstaltung unter dem Titel „20 Jahre Wiedervereinigung und 20 Jahre Partnerschaft“ durften Alfons Maximini (SPD-Vorsitzender im Kreistag Trier-Saarburg, Bildmitte) und Manfred Nink (rechts) die Vertreter des thüringischen Landkreises Landrätin Marion Philipp (SPD) und Marko Wolfram (SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Saalfeld-Rudolstadt, links) begrüßen. Foto: Iris Hess

Liebe Freundinnen und Freunde!

Mein Arbeitsschwerpunkt bringt es mit sich, dass vielerlei Fachbegriffe aus dem EU-Jargon in meine Arbeit einfliessen. Aus meiner eigenen Tätigkeit und aus Gesprächen am Rande von Veranstaltungen, auf denen ich über europäische Wirtschaftspolitik spreche, weiß ich, dass vielfach Missverständlichkeiten aufgrund der verwendeten Begriffe auftreten können. In Zukunft möchte ich deshalb in unregelmäßigen Abständen an dieser Stelle ein kleines Glossar aktueller EU-Begriffe führen. Beginnen will ich gleich mit dieser Ausgabe und dem Wort vom „Europäischen Semester“.

*Herzlichst,
Euer* 

EUROPAPOLITISCHES GLOSSAR: „Europäisches Semester“

Das **Europäische Semester** soll ab 2011 dafür sorgen, dass nationale Wirtschafts- und Fiskalpolitiken durch Brüssel bewertet werden, bevor sie in den Mitgliedstaaten beschlossen werden. Dieses Instrument soll präventiv angewendet werden. Von März bis Juli findet jährlich ein Abstimmungsprozess zwischen dem Europäischen Rat, dem Ministerrat und den Mitgliedsstaaten statt. Länderspezifische Politikvorschläge werden unterbreitet. Die Kommission bewertet die Umsetzung dieser. Bislang gibt es keine Vetomacht, keine Sanktionen und die Kommission hat beratende Funktion. Trotzdem wird die wirtschaftspolitische Koordinierung erstmals bis in die Haushaltsausschüsse der Nationalstaaten Einfluss gewinnen.

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

4. bis 10. Oktober

Teilnahme am Mainzer Mediendisput, Gespräch der Landesgruppe mit den MdEP Jutta Steinruck und Norbert Neuser, SPD-Mittelstandsfrühstück, Teilnahme an der LDK der Jusos RLP

11. bis 31. Oktober

Teilnahme an einer Reise des Bundeswirtschaftsministers Rainer Brüderle und einer Wirtschaftsdelegation nach China und Japan, Teilnahme an Telekom-Demo in Trier, Reise mit einer Delegation des Wirtschaftsausschusses nach Brüssel für Gespräche mit EU-Kommissaren und EU-Ratspräsident van Rumpuy

1. bis 7. November

Gespräch mit dem Vorsteher des Finanzamtes Trier, Sitzung des Kreistages Trier-Saarburg, Interview mit 16vor.de, Teilnahme an der Inbetriebnahme der ersten Elektrotanksäule für E-Mobile in Schweich, Teilnahme an den Mitgliederversammlungen der SPD-Ortsvereine Ehrang und Pfalzel, Sitzung Verwaltungsrat Sparkasse Trier, SPD-Landesvertretertagung in Mainz

8. bis 14. November

Gespräch mit Ver.di-Vertretern zum Thema Konversion in RLP, Gespräch mit Präsidium der Steuerberaterkammer RLP, Gespräch mit einer Delegation des luxemburgischen Abgeordnetenhauses, Teilnahme am Empfang der Parlamentariergruppe Mittelamerika für die Botschafter der Partnerländer

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de